

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



freitag, 29. jaenner 1971

blatt 273

am montag:

zweite polio-impfwelle beginnt

2 wien, 29.1. (rk) am kommenden montag, dem 1. februar, beginnt der zweite impfgang der im november 1970 gestarteten impfaktion gegen die kinderlaehmung. bekanntlich handelt es sich um eine voellig reaktionsfreie, einfache schluckimpfung. geimpft wird bis 13. februar in allen bezirksgesundheitsaemtern, in mutterberatungsstellen, kinderambulatorien sowie in allen ersten volksschulklassen.

zur impfung eingeladen sind alle personen, die im november 1970 die erste teilimpfung erhalten haben und alle jene, denen von einer impfaktion aus dem vorjahr oder einem der vorhergehenden jahre noch die dritte teilimpfung fehlt. volle schutzwirkung tritt bekanntlich erst nach der dritten schluckimpfung ein.

impftage an den bezirksgesundheitsaemtern: montag, dienstag, freitag, samstag von 8.30 bis 11 uhr, mittwoch von 13 bis 15 uhr.  
0923.



## josef seyfried zum gedenken

4 wien, 29.1. (rk) auf den 31. jaenner faellt der 100. geburtstag des chordirigenten und komponisten josef s e y f r i e d .

er wurde in wien geboren, wo er das konservatorium der gesellschaft der musikfreunde absolvierte und auch an der universitaet musikwissenschaftliche vorlesungen besuchte. schon als junger mann von der arbeitersaengerbewegung stark angezogen, uebernahm er 1897 die chormeisterstelle einer vereinigung italienischer arbeiter in wien. in der folge wirkte er als chormeister des arbeitersaengerbundes waehring und widmete sich seither immer mehr und ohne unterbrechung dem oesterreichischen chorwesen. josef seyfried leitete u. a. den ''arbeitersaengerbund landstrasse'', den ''arbeitersaengerbund wien'' und den ''arbeitersaengerbund gross-jedlersdorf''. 1909 erfolgte seine wahl zum gauchormeister, spaeter zum bundeschormeister und kunstbeirat des ''oesterreichischen arbeitersaengerbundes''. in dieser eigenschaft vertrat er sein heimatland wiederholt hoechst erfolgreich auf auslaendischen tagungen. josef seyfried war ferner gruender des chormeisterbundes und mitbegruender des vereins fuer volkstuemliche musikpflege. hier leitete er als mitarbeiter dr. david bachs den volkschor, das orchester und das volkskonservatorium. zu seinen pionierleistungen auf dem gebiet der musikalischen volksbildung gehoert seine taetigkeit im volksheim, an dem er als lehrer und obmann der fachgruppe musik wirkte. nach dem tode josef scheus redigierte er 20 jahre lang die in wien erschienene ''arbeiter-saengerzeitung''. josef seyfried ist aber auch als hochbegabter tonsetzer hervorgetreten. sein schaffen umfasst verschiedene chorkompositionen, die weit ueber oesterreich hinaus bekannt geworden sind. das verdienstvolle wirken josef seyfrieds wurde wiederholt gewuerdigt. anlaesslich seines 60. geburtstages wurde ihm der ehrenring der stadt wien verliehen. am 26. oktober 1954 ist josef seyfried in seiner vaterstadt gestorben.



Wiens Straßentafeln: Vom Zinkguß zum Stahlblech  
=====

Wien, 29.1.(RK) Der eben erschienenen Nummer 5 der Kommunalzeitschrift "STADT WIEN" entnehmen wir nachfolgende Reportage über die Anbringung und Instandhaltung der Straßentafeln:

Für den Wiener ist es selbstverständlich, daß er sich in seiner Stadt leicht zurechtfindet. Einem Ausländer fällt dieser Umstand auf. Wien-Besucher heben daher immer wieder lobend hervor, daß Straßentafeln in genügend großer Zahl eine rasche Orientierung ermöglichen, um mit Hilfe eines Stadtplans ohne lästiges Fragen unschwer ans gewünschte Ziel zu kommen.

Daß Wien heute als eine hervorragend "betafelte" Stadt gilt, ist das Verdienst des Referats Straßentafeln, das der Magistratsabteilung 48 (Stadtreinigung und Fuhrpark) untersteht. Von dieser Dienststelle werden jährlich rund 1.200 neue Straßentafeln angebracht, außerdem zahlreiche Reparaturen durchgeführt (im Vorjahr waren es nicht weniger als 1.600). Die Installierung so vieler neuer Tafeln illustriert das Wachstum der Bundeshauptstadt, die Erschließung neuer Wohngebiete; die Beschädigung von Straßentafeln hat weniger erfreuliche Gründe, sie erfolgt durch Verkehrsunfälle oder durch Lausbubenstreiche.

Die "Kulturgeschichte der Straßentafel" wurde noch nicht geschrieben - sie wäre ein zweifellos interessantes Thema, das auch gesamthistorische Aspekte der Stadtentwicklung anschneidet. Wann man in Wien erstmalig Straßentafeln angebracht hat, ist leider unbekannt.

Fest steht jedoch, daß es schon Straßennamen gab, noch bevor die Häuser Nummern hatten. Früher hatten bekanntlich auch die Häuser Namen, was zwar der Orientierung diente, aber eine amtliche Erfassung komplizierte, weil viele gleich- oder ähnlich lautende Hausnamen existierten.



Michael Winkler machte Ordnung

In Wien kam es im Zusammenhang mit der "Hofquartierevidenz" zur Numerierung der Häuser. Im 16. Jahrhundert war nämlich jeder Bürger verpflichtet, Wohnräume seines Hauses Beamten und Lakaien des Hofes zu überlassen.

Zur ersten Numerierung kam es 1566, eine zweite erfolgte im Jahr 1664. Maria Theresia ordnete aus militärischen Gründen eine Volkszählung an und verfügte gleichzeitig, daß Nummerntafeln nicht nur an der Vorderfront, sondern auch im Innern jedes Hauses anzubringen seien: Das waren die sogenannten Conscriptionsnummern.

Alle diese Numerierungen wurden völlig systemlos durchgeführt. Daher fand man sich noch in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts leichter nach den alten Hausnamen zurecht als auf Grund der Nummern. Und in Ankündigungen von Gewerbetreibenden konnte man folgende umständliche Adressen lesen: "Mehlmarkt, Eck der Plankengasse Nr.1060" oder "Anfangs der Kärntnerstraße Nr.1075 beim Herrnhuter (neben dem Kegelhaus im Hofe ebenerdig links)".

Der Mann, der endlich Ordnung in die Straßenbenennung und Hausnumerierung brachte, hieß Michael Winkler. (Die Winklergasse in Dornbach erinnert bis in unsere Tage an diesen Hausbesitzer, Industriellen und Wohltäter.) Winkler schlug dem Magistrat vor, die Häuser auf der linken Seite jeder Straße und Gasse mit ungeraden Nummern zu versehen, rechts sollte es gerade Zahlen geben. Die aus Zinkguß hergestellten Straßentafeln wurden einheitlich gestaltet und gaben durch ihre Form und durch die Farbe der Beschriftung mancherlei Aufschlüsse.

So wurden in allen Radialstraßen rechteckige, in den Querstraßen hingegen ovale Tafeln angebracht. Das Gebiet des ersten Bezirks war dadurch gekennzeichnet, daß sämtliche Straßentafeln die Form eines Rechtecks mit abgeschrägten Ecken hatten. Die Tafeln der Straßen und Gassen waren schwarz beschriftet, die der Plätze rot. Auf Plätzen wurden die Häuser im Uhrzeigersinn nummeriert.

Die Anbringung der neuen Tafeln war 1863 vollendet. Bürgermeister Dr.Zelinka stellte den "Schöpfer der neuen Ordnung"



dem Kaiser vor, der Winkler für diese Pioniertat das Goldene Verdienstkreuz verlieh. Michael Winkler starb 1898 im Alter von 75 Jahren.

Die neue "Tafelordnung" war ein voller Erfolg. Als nachteilig mußte allerdings vermerkt werden, daß die Zinkgußtafeln wegen ihres relativ großen Materialwertes oft gestohlen wurden. Sehr aufschlußreich ist ein Magistratserlaß an das Stadtbauamt vom 18. April 1908: Danach durften in Gegenden, wo "die Möglichkeit einer Entwendung" gegeben war, nur Straßentafeln aus dem billigeren Zinkblech angebracht werden.

Auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hing das Verschwinden vieler alter Zinkgußtafeln weniger mit kriegerischen Ereignissen zusammen, als mit dem Anziehen verschiedener Metallpreise. Die Stadtverwaltung entschloß sich zu einer Modernisierung - nicht zuletzt deswegen, weil die alten Frakturbuchstaben von Ausländern nur mit Mühe entziffert werden konnten. Resultat dieser Bestrebungen war die blaue, mit weißen lateinischen Buchstaben beschriftete Straßentafel aus Stahlblech. Sie ist einheitlich 27 Zentimeter breit, ihre Länge hängt von der Buchstabenanzahl der Bezeichnung ab. Die Umstellung auf die blauen Straßentafeln war 1957 abgeschlossen.

#### Idealhöhe: 2,5 bis 3 Meter

Mit der Herstellung der Emailtafeln ist eine Firma beauftragt. Die Anbringung der Straßenbezeichnungen erfolgt so, daß sie vor allem von der Fahrbahn aus gut zu sehen sind, um motorisierten Verkehrsteilnehmern eine rasche Orientierung zu ermöglichen. Die Idealhöhe von 2,5 bis 3 Meter variiert an Häusern wegen des Gesimsverlaufs oder aus Gründen der Fassadengestaltung. Bei Parkanlagen, in Siedlungen und Schrebergartenkolonien werden die Straßentafeln an Ständern aus Eisenrohr befestigt.

Die Straßenbenennung auf ihrem vorbildlichen Stand zu halten, kostet die Stadtverwaltung - und damit uns allen - ein schönes Stück Geld. Das zeigen die Ersatzkosten: Wer das Pech hat, bei einem Verkehrsunfall einen Straßentafelständer umzufahren, muß für den Totalschaden 699 Schilling blechen.



## rudolf geyer zum gedenken

5 wien, 29.1. (rk) am 31. jaenner waere der ehemalige direktor des archivs der stadt wien, dr. rudolf g e y e r, 80 jahre alt geworden.

er wurde in wien geboren, wo er an der universitaet das fachstudium absolvierte und am kunsthistorischen museum als wissenschaftliche hilfskraft arbeitete. in der folge absolvierte er auch am institut fuer oesterreichische geschichtsforschung den sechssemestrigen kurs, der die voraussetzung fuer den oeffentlichen archivdienst bildet. 1921 trat geyer bei der gemeinde wien als verwaltungsbeamter ein. 1923 wurde er in die staedtischen sammlungen versetzt und mit der neuaufstellung der historischen abteilung betraut. 1925 erfolgte seine versetzung in das archiv. in diesem wirkungskreis hat rudolf geyer lange jahre an den bestaenden des gerichtssarchivs, der groessten sonderabteilung des stadtarchivs, gearbeitet. seit 1925 begann er auch mit seinen wissenschaftlichen veroeffentlichungen, die auf der auswertung historischer quellen beruhten. 1945 wurde rudolf geyer zum provisorischen leiter des archivs der stadt wien, 1946 zu dessen direktor bestellt. im gleichen jahr habilitierte er sich als dozent fuer wirtschafts- und sozialgeschichte des mittelalters und der neuzeit an der universitaet wien. als verantwortlicher leiter des archivs war dr. geyer bestrebt, dessen bestaende zu erweitern und durch interne organisationsreformen fuer die benuetzung aufzuschliessen. gleichzeitig bildete er das zentrum eines kreises junger historiker, die sich der heimatforschung sowie der erforschung der wiener stadtgeschichte widmeten. durch seine wahl in den ausschuss des vereins fuer geschichte der stadt wien, dessen jahrbuch er herausgab, wurde er auch der organisatorische mittelpunkt der wissenschaftlichen taetigkeit des vereins. besondere erwaehnung verdient weiters die von ihm laufend geleistete arbeit am gesamtinventar des archivs der stadt wien und an der geschichte der wiener grundherrschaften sowie sein anteil an den erfolgreichen bestrebungen zur fortsetzung des grossen werks ''geschichte der stadt wien''. archivdirektor dr. rudolf geyer ist am 19. dezember 1958, wenige wochen vor der vollendung seines 68. lebensjahres, in seiner vaterstadt gestorben.



## ballkalender

3 wien, 29.1. (rk) in der zeit vom 1. bis 7. februar finden in wien folgende groessere ballveranstaltungen statt:

montag, 1. februar: sofiensaele (gruenes kreuz - 50. jaegerball)

mittwoch, 3. februar: hofburg (wiener kaffeehausgewerbe).

donnerstag, 4. februar: konzertthaus (ball der technik), palais pallavicini (oesterreichische championenreiter-gesellschaft), sofiensaele (oekista-gschnas, oesterreichisches komitee fuer internationalen studentenaustausch), wimberger (telegraphen-bataillon 1).

freitag, 5. februar: albert sever-saal (zither-, mandolinen- und geselligkeitsverein 'symphonia'), gruenes tor (studentenverbindung thuringia), haus der begegnung-doebling (doeblinger buergerball), hofburg (hofburgball der wiener faschingsgesellschaft), konzertthaus (wiener handelsakademien), kursalon (oesterreichisch-bulgarische gesellschaft), oesterreichischer gewerbeverein (oesterreichischer gewerbeverein), palais auersperg (interunfall), palais festetics (verein der absolventen der hotelfachschulen oesterreichs), parkhotel schoenbrunn (landesinnung wien der kuerschner, handschuhmacher und gerber), schwechater hof (reise- und unterhaltungsgruppe der magistratsabteilung 28, strassenbau), secession (4. secessions-gschnas 'weltallsplitter-planetenreigen), sofiensaele (elektroball), wimberger (gschnas des gesangvereins der oesterreichischen eisenbahnbeamten in wien).

samstag, 6. februar: baumgartner kasino (spoe 14-sektionen 8 und 16), bayrischer hof (bundesparteileitung der dfp), gruenes tor (freunde des sportklubs rapid), haus der begegnung-mariahilf (mariahilfer ball, spoe mariahilf), haus der begegnung doebbling (pfarre krim), haus der begegnung floridsdorf ('ksv-gaswerke'), hofburg (juristenball), hotel intercontinental (25. wiener lehrerball), konzertthaus (ball der union, oesterreichische turn- und sportunion), kursalon (margaretner buergerball), oesterreichischer gewerbeverein (landesinnung wien der drechsler und holzbildhauer), palais auersperg (josefstaedter buergerball), palais festetics (buergerball alsergrund), palais schwarzenberg ('ball im palais schwarzenberg' - bund neuland, gesellschaftstaenze nach



melodien der wiener klassik), parkhotel schoenbrunn (club der fleischhauer- und selchermeistersoehne und -toechter), schwechater hof (verein angestellter der eisen- und metallbranche), simmeringer hof (sportclub mautner-markhof), sofiensaele (tirolerball), wimberger (narrenabend des neubauer maennergesangsvereines).

sonntag, 7. februar: konzertthaus (ball der katholischen jugend), kursalon (ball des evangelischen gustav-adolf-vereins), simmeringer hof (kinderball der spoe, nachmittag), sofiensaele (kinderfaschingsfest des wiener kinderrettungswerkes, nachmittag), wimberger (ball des oesterreichischen alpenvereins, sektion austria).

0929

ausstellungserfolg:

"die welt der buehne" in der galerie alsergrund

1 wien, 29.1. (rk) die bisher bestbesuchte ausstellung in der galerie alsergrund (9, waehringer strasse 43) ist "die welt der buehne" des bekannten fotografen rudolf k a r b e r . sie ist noch dieses und das naechste wochenende zu sehen (samstag 10 bis 12 und 14 bis 18 uhr), sonntag 10 bis 12 uhr). die ausstellung, die am 17. jaenner von vizebuergermeister gertrude s a n d n e r eroeffnet wurde, hatte mittlerweile starken und prominenten besuch, darunter stadthallendirektor robert j u n g b l u t h ebenso wie den direktor des theaters an der wien, rolf k u t s c h e r a

0921

bezirksvertretungssitzung in der kommenden woche

6 wien, 29.1. (rk) in der kommenden woche findet folgende ausserordentliche bezirksvertretungssitzung statt:

donnerstag, 4. februar, 18.15 uhr, innere stadt, altes rathaus, 1, wipplingerstrasse, stiege 1, festsaal.

1045



rat der gemeinden europas:

nationale interessen zurueckstellen !

7 wien, 29.1. (rk) der rat der gemeinden europas, der in einer veranstaltung in zuerich sein 20jaehrigen bestehen in festlicher form beging, hat eine einstimmige resolution an alle europaeischen regierungen gefasst, die nationalen interessen zurueckzustellen um rascher zu einem vereinten europa zu kommen. dies teilte buergermeister felix s l a v i k am freitag nach seiner rueckkehr aus zuerich mit. der wiener buergermeister hatte gemeinsam mit stadtrat otto s c h w e d a und dem tullner buergermeister edwin p i r c h e r als vertreter des oesterreichischen staedtebundes an der veranstaltung teilgenommen.

1049

fahrt zum schnee: geheimtip lackenhof

9 wien, 29.1. (rk) waehrend in niederoesterreich der schnee immer mehr zum opfer der jaennensonne wird, hat die sportstelle der stadt wien einen geheimtip fuer die fahrt zum schnee am sonntag: lackenhof am oetscher, wo noch ausgezeichnete schneeverhaeltnisse herrschen. diesen sonntag soll die fahrt bereits dorthin gehen, samstag wird die sportstelle die schneelage noch einmal an ort und stelle pruefen.

auf jeden fall wird den teilnehmern empfohlen, samstag um 18.45 uhr im hoerfunk die verlautbarungen im programm oesterreich-regional abzuhoeren. eine allfaellige absage wird zu diesem zeitpunkt durchgegeben. erfolgt sie nicht, findet die fahrt statt.

1213



Wiener Landtag

=====

Wien, 29. 1. (rk) Der Wiener Landtag trat Freitag vormittag unter dem Vorsitz von Präsident Dr. Wilhelm Stemmer zu seiner ersten Sitzung in diesem Jahr zusammen. Drei Gesetze standen auf der Tagesordnung: Das Wiener Veranstaltungsgesetz, das Wiener Landwirtschaftliche Siedlungsgesetz und das Wiener Agrarbehördengesetz. Von der FPÖ wurden zwei Anfragen eingebracht, von der ÖVP ein Antrag betreffend die Novellierung des Getränkesteuergesetzes.

Über das Wiener Veranstaltungsgesetz referierte Landeshauptmann-Stellvertreter Gertrude Sandner. Die Bestimmungen, die nun in diesem Gesetz klar und übersichtlich zusammengefaßt seien, waren bisher in zahlreichen verschiedenen und mehrfach novellierten Gesetzen, Verordnungen und Kundmachungen festgehalten und überdies teilweise überholt und kaum mehr anwendbar. Das neue Gesetz bringe unter anderen eine zeitgemäße Neuformulierung des Begriffes "öffentlich". Was die Verantwortung betreffe, so solle sie in Zukunft nicht in erster Linie von demjenigen getragen werden, der als Veranstalter auftritt, sondern von demjenigen, der wirklich die Entscheidungen trifft.

Künftig werde es die Möglichkeit der Konzession auf unbestimmte Zeit sowie einen <sup>Rechtsan</sup>anspruch auf Konzessionserteilung geben. Die Zahl von Spielautomaten werde allerdings trotz dieses Konzessionsrechtes zahlenmäßig begrenzt. Neben den Geldglücksspielautomaten werden nun auch die Warenauspielapparate verboten werden. Besonderes Augenmerk lege das neue Gesetz auf die Veranstaltungsstätten. Es müsse unbedingt gewährleistet werden, daß in diesen Stätten keine Gefahr für das Leben und die Gesundheit von Menschen und keine unzumutbare Belästigung der Umgebung bestehen.

Abg. Müller (DFP) begrüßte das neue Gesetz und dankte für die Einladung zu den Vorberatungen. Er kritisierte, daß das Gesetz teilweise in einem schwer verständlichen Juristendeutsch abgefaßt sei und brachte dann den Antrag ein, die Theaterkommission nicht nur aus Experten zu bilden, sondern ihr auch Vertreter der politischen Parteien zuzuziehen.



Abg.Dr.Wolfram (FPÖ) begrüßte ebenfalls das neue Gesetz und verwies darauf, daß es eine wesentliche Vereinfachung bringe. Anerkennenswert sei die eingehende Vordiskussion. Trotzdem habe man offenbar vergessen, eine Ausnahmestellung für Schulveranstaltungen festzulegen. Der Redner brachte deshalb den Antrag ein, Veranstaltungen von Schulen, Kindergärten, Horten und Heimen sowie von Kindern und Schülern im Rahmen dieser Einrichtungen von den gesetzlichen Anmeldeverpflichtungen zu befreien.

Prof.Bittner (ÖVP) hob in seinem Debattenbeitrag hervor, daß die Sicherheitsbestimmungen durch das neue Gesetz verschärft worden und eine Katastrophe, wie sie sich in Frankreich ereignete, in Österreich nicht möglich sein werde. Prof.Bittner erwähnte die gute Zusammenarbeit aller Beteiligten beim Zustandekommen dieses modernen Gesetzes.

GR.Wiesinger (SPÖ) wies auf die Schwierigkeiten hin, bei neuen Formulierungen das "Juristendeutsch" zu umgehen. "Wo dies möglich war, wurde es getan", meinte der Redner. Die Rechtspraxis erlaube jedoch nur in beschränktem Maße, den Bemühungen um einer für den Laien verständlicheren Formulierung zum Erfolg zu verhelfen. Gegen die neue Bestimmung, daß bei jeder öffentlichen Veranstaltung mit mehr als 500 Personen ein Arzt anwesend sein muß, machte der Gemeinderat Einschränkungen geltend. Er legte einen gemeinsamen Antrag von ÖVP und SPÖ vor, diese Bestimmung bei Veranstaltungen, die nur fallweise stattfinden, nicht gelten zu lassen.

In ihrem Schlußwort betonte Vizebürgermeister Sandner, daß mit dem neuen Gesetz alles versucht wurde, um die Rechtsunsicherheit zu vermeiden. Dies sei auch der Grund dafür gewesen, daß man bei manchen Formulierungen um das "Juristendeutsch" nicht herumgekommen sei. Sandner empfahl abschließend, dem gemeinsamen ÖVP- und SPÖ-Antrag jedoch zuzustimmen.

Bei der Abstimmung wurde der gemeinsame Antrag der SPÖ und ÖVP einstimmig angenommen. Auch der Gesetzesentwurf fand in erster und zweiter Lesung die Zustimmung aller. Die Anträge der DFP und FPÖ wurden abgelehnt.



Der Wiener Landtag verabschiedete einstimmig das Landwirtschaftliche Siedlungsgesetz und das Agrarbehördengesetz, die der Berichterstatter, Stadtrat Dr. Hannes Krasser (ÖVP) als bedeutsam im Hinblick auf die Verbesserung der Struktur der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe im Stadtgebiet bezeichnete. Mit Hilfe des Siedlungsgesetzes soll durch landwirtschaftliche Siedlungsverfahren die Schaffung und Erhaltung leistungsfähiger Betriebe gesichert werden. Im Zusammenhang mit diesem Gesetz wird auch die Einrichtung einer Agrarbehörde erforderlich. Es wurde jedoch von der Einrichtung von Agrarbezirksbehörden abgesehen. Im Interesse einer Verwaltungsvereinfachung wurden die Angelegenheiten der Bodenreform dem Amt der Wiener Landesregierung übertragen.

Abg. Dr. Tuma (DFP) begrüßte die Gesetzesvorlagen und lobte auch deren sprachliche Fassung. Er unterstrich deren Bedeutung nicht zuletzt im Interesse des Umweltschutzes. Als Präsident der Wiener Landwirtschaftskammer unterstrich Abg. Jedletzberger (ÖVP) die Bedeutung der beiden Gesetzesvorlagen. Nicht nur als Lebensraum für die Landwirtschaft und als Versorgungsbasis für die Bevölkerung, sondern auch als Luftreservoir für den Großstädter müßten im Stadtgebiet land- und forstwirtschaftliche Schutzzonen geschaffen werden beziehungsweise erhalten bleiben. Als gelungenes Beispiel einer Absiedlung und Neuansiedlung nannte der Redner das gärtnerische Siedlungsprojekt Wien-EBling. Ebenso sei die Grundbeschaffung für die WI 74 am Laaer Berg beispielhaft für die übrigen noch ausbaufähige gute Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaftskammer und Magistratsdienststellen.

Einen noch offenen Wunsch äußerte Jedletzberger abschließend: die Schaffung eines zentralen landwirtschaftlichen Siedlungsfonds zur Gewährung von Darlehen bei Absiedlungsaktionen.

(Ende des Wiener Landtages)

- - -



Wiener Gemeinderat  
=====

Wien, 29. 1. (RK) Freitag trat der Wiener Gemeinderat unter Vorsitz von Bürgermeister Felix Slavik zu seiner ersten Geschäftssitzung im heurigen Jahr zusammen. Insgesamt lagen 91 Tagesordnungspunkte sowie 19 Anträge und Anfragen vor. Die Anträge der ÖVP (6) betrafen Heizvorrichtungen für die Autobusgarage Spetterbrücke, Fahrbahnbeheizung künftiger Brückenbauten, LKW-Fahrverbote im Prater, neue Chemikalien bei der Straßenstreuung, Probleme der Heizkostenabrechnung sowie den Saunabetrieb im Hallenbad Floridsdorf. Eine Anfrage der ÖVP beschäftigt sich mit dem grünen Durchgang ober dem alten Währingerbachbett.

Die Anträge der FPÖ (2) betrafen den Nacht- und Bereitschaftsdienst der Spitalsärzte sowie die bargeldlose Mietzahlung in Gemeindefwohnungen. Die Anfragender FPÖ (2) galten den Gesundenuntersuchungsstellen und dem Wochenendbetrieb der Autobuslinie 19.

Die Anträge der DFP (2) beschäftigen sich mit einem "Berichtigungsdienst" für Pressemeldungen und einer "Heim-Beschwerdekommission" für die Bewohner der Wiener Jugendheime. Die Anfragen der DFP (6) galten dem Rettungsdienst, der Schneeräumung bei Schulen, dem Kindergarten- und Krankenpersonal, der Überstundenentlohnung von Krankenschwestern, dem Heizmaterial für Schulen sowie dem Kauf von Einbaumöbeln für Gemeindefwohnungen.

Neuer Gemeinderat

Danach teilte der Bürgermeister mit, daß GR. Josef Fröhlich (ÖVP) sein Mandat mit dem 11. Jänner dieses Jahres zurückgelegt habe. Slavik berief den Nächstfolgenden auf der Liste der Österreichischen Volkspartei, Kommerzialrat Josef Gockner, zum Mitglied des Gemeinderates. Gockner leistete sein Gelöbniß. Danach würdigte der Bürgermeister die Verdienste des ausgeschiedenen Gemeinderates Josef Fröhlich, der immer "ein guter Kollege und Diskussionspartner gewesen" sei. Josef Fröhlich war genau sechs Jahre und einen Monat lang Mitglied des Wiener Gemeinderates.

Neuer Stadtrat

Die Amtsniederlegung von Wirtschaftsstadtrat Dkfm. DDr. Pius Prutscher mit Wirkung vom 28. Jänner 1971 machte die Wahl eines neuen Stadtrates und eines Amtsführenden Stadtrates nötig.



Der Bürgermeister machte Mitteilung von dem Vorschlag der ÖVP, GR. Otto Pelzelmayer zum Stadtrat zu wählen. Die Wahl Pelzelmayers zum Stadtrat wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen. Pelzelmayer nahm seine Wahl an und leistete das Gelöbnis. Sofort darauf zog sich der Stadtsenat zu einer kurzen Sitzung zurück, um dem Gemeinderat einen Antrag auf Wahl eines Amtsführenden Stadtrates zu unterbreiten. Nach der kurzen Unterbrechung der Gemeinderatssitzung teilte der Bürgermeister mit, der Stadtsenat habe beschlossen, dem Gemeinderat Stadtrat Otto Pelzelmayer als Amtsführenden Stadtrat für die Verwaltungsgruppe XII (Wirtschaftsangelegenheiten) vorzuschlagen. Der Antrag des Stadtsenates wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

#### Würdigung für Prutscher

Bürgermeister Slavik erklärte unter dem Applaus des Hauses, er wünsche Pelzelmayer in der schwierigen Funktion des Wirtschaftstadtrates viel Erfolg. Danach würdigte er die Verdienste des ausgeschiedenen Stadtrats Dr. Prutscher, der seit 1945 dem Wiener Gemeinderat und seit 1964 dem Wiener Stadtsenat angehört hatte. Prutscher, dreifacher Akademiker und Tischlermeister, ist seit 1959 auch Bundesinnungsmeister der Tischler. Der Bürgermeister wünschte Prutscher weiterhin viel Glück und Erfolg.

Anschließend wurden - unter Umstellung der Tagesordnung - mehrere Wahlen vorgenommen. Gemäß den Vorschlägen, die alle mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen wurden, wurden folgende Mitglieder des Gemeinderates neu in Gemeinderatsausschüsse gewählt: GR. Leinkauf (ÖVP) in den Kulturausschuß, GR. Schmid (SPÖ) in den Wohlfahrtsausschuß, GR. Dr. Wöber (ÖVP) in den Hochbauausschuß, GR. Schmid in den Ausschuß für Wohnungswesen, GR. Gockner (ÖVP) in den Ausschuß für Wirtschaftsangelegenheiten sowie in den Ausschuß für Rechtsangelegenheiten. Die Gemeinderäte Hoffmann und Neusser (beide ÖVP) wurden zu Mitgliedern des Aufsichtsrats der Wiener Städtischen Wechselseitigen Versicherungsanstalt gewählt.



Acht Millionen für "Wiener Festwochen"

GR. Ascherl (SPÖ) beantragt, dem Verein "Wiener Festwochen" für das Jahr 1971 acht Millionen Schilling als Beitrag der Stadt Wien zur Verfügung zu stellen. Die diesjährigen Festwochen finden vom 22. Mai bis 20. Juni statt und alle künstlerischen Institutionen unserer Stadt werden interessante zentrale Veranstaltungen und eine Fülle von Aufführungen in den einzelnen Bezirken bieten.

GR. Karoline Pluskal (SPÖ) verweist darauf, daß in diesen Tagen der Vorprospekt für die Wiener Festwochen in der ganzen Welt verteilt wird. Es werden aber nicht nur die Fremden und die Bewohner der Bundesländer eingeladen, nach Wien zu kommen. Es sollen auch alle Wiener mittun, sind es doch schließlich ihre Festwochen, die durch die große Zahl der Veranstaltungen für jeden etwas zu bieten haben werden. Im Vorjahr hatten wir 945.000 Besucher, und 230 Journalisten aus 34 Ländern haben über die Festwochenveranstaltungen berichtet. Heuer soll neben dem bedeutenden Musik- und Theaterprogramm das fast unbekanntes Puppenspiel mit internationaler Beteiligung vorgestellt werden. Die kulturellen Aktivitäten im internationalen Bereich vertiefen sich durch die Festwochen und das Wiener Kulturleben bekommt neue Impulse, die über die Zeit der Festwochen hinaus zum Tragen kommen.

Die Rednerin verweist darauf, daß in der heutigen Tagesordnung auch eine Subvention von 300.000 Schilling für die Viennale 1971 enthalten ist. Auch diese Veranstaltung festigt das Image Wiens als Kulturstadt. In die diesjährige Viennale soll die Filmfestwoche des Europarates eingebaut werden. Eine Einladung zur Teilnahme ist auch an die osteuropäischen Nachbarstaaten ergangen.

Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Subvention

GR. Dr. Rudolf Müller (SPÖ) stellte den Antrag, der Ludwig Boltzmann-Gesellschaft zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in Österreich eine Subvention in der Vorjahrshöhe von drei Millionen zu gewähren.



Als Debattenredner schilderte GR. Dr. Gisel (SPÖ) Entwicklung und Tätigkeitsbereich der Ludwig Boltzmann-Gesellschaft, die 1960 gegründet worden war. In der Erkenntnis, daß ernste wissenschaftliche Arbeit nur an entsprechenden ausgerüsteten Instituten geleistet werden kann, hat die Gesellschaft bisher zahlreiche Institute gegründet und eingerichtet. Den Anfang machte das Institut für Festkörperphysik, für das die Stadtverwaltung ein adaptiertes Gebäude zur Verfügung stellte. Anschließend entstanden das Institut für Leukämieforschung, das inzwischen weltweit bekannt wurde, sowie Institute für Erdölforschung und für Biochemische Forschung. Institute, die sich mit verschiedenen medizinischen Problemen beschäftigen, wurden in mehreren Krankenhäusern eingerichtet. Das Institut zur Erforschung von Grenzfragen der Medizin beschäftigt sich unter anderem mit der wissenschaftlichen Bestimmung des Schwefelwassers der Heilquelle Ober-Laa.

Die Pläne der Ludwig Boltzmann-Gesellschaft gehen dahin, vier weitere medizinische Institute sowie ein Forschungsinstitut für Biochemie und eines für Morphologische Fragestellungen ins Leben zu rufen.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

#### Vertrag

GR. Edlinger (SPÖ) referierte über einen Vertrag der Stadt Wien mit der Wigast, mit dem dieser die Betriebs- und Einrichtungsgegenstände der Gaststätten im Donaupark und im Erholungszentrum Laxenburg vermietet werden. Diese Objekte hatte die Stadt Wien im Jahre 1968 um 4,037.055 Schilling von der Wigast gekauft. Jetzt werden sie rückwirkend um eine Jahresmiete von 161.482 Schilling der Wigast zur Verfügung gestellt.

GR. Müller (DFP) kritisierte die späte Abschließung des Vertrages und wandte sich auch gegen die Eröffnung der neuen Gaststätte im Regierungsgebäude am Stubenring. GR. Dr. Hrnschall (FPÖ) bezeichnete es als schleierhaft, was mit den zur Debatte stehenden Transaktionen bezweckt werde. Praktisch gebe die Stadt Wien der Wigast einen Kredit von 4 Millionen Schilling, der in 25 Jahren zinsfrei zurückgezahlt werde. Dabei geht es um fast lauter kurzfristige Güter. Die Wigast könnte den Vertrag nach zehn oder zwölf Jahren kündigen und dann müßte die Stadt Wien rund zwei Millionen abschreiben. So seien alle Lasten und Risiken bei der Stadt, alle Vorteile bei der Wigast.



GR.Edlinger erinnerte im Schlußwort daran, daß die Wigast als Provisorium für die WIG 64 gegründet wurde. Als sich herausstellte, daß die betreffenden Gaststätten auch nach Beendigung der WIG bestehen bleiben konnten, bekannte man sich zu dem Grundsatz, daß gleichartige Betriebe auch gleich behandelt werden müßten. Pachtzins und Abschreibung für die Betriebs- und Einrichtungsgegenstände seien zusammen untragbar und würden auch anderen Gaststätten nicht zugemutet. Deshalb entschloß man sich zu der vorliegenden Regelung. Der Abschluß des Mietvertrages habe sich wegen der schwierigen Verhandlungen hinausgezögert, weil die Stadtrats-Kompetenz wegen der neuen Geschäftseinteilung im Jahre 1969 von Dr.Prutscher zu Dkfm.Hintschig wechselte und weil der Vertrag auf Wunsch der ÖVP einmal von der Tagesordnung des zuständigen Ausschusses abgesetzt wurde.

Abstimmung: Von SPÖ und ÖVP angenommen.

#### Gebührenordnung

Über die Gebührenordnung der Feuerwehr für gebührenpflichtige Hilfeleistungen und Beistellungen referierte GR.Friederike Seidl (SPÖ). Der Grund der Vorlage sei die Vereinfachung der Tarife, um künftig die Verrechnung mittels EDV-Anlage vornehmen zu können. Die Verrechnungen erfolgen nun nicht mehr einzeln und unter Berücksichtigung der verwendeten Geräte, sondern pauschal nach Einsatzdauer. Eine effektive Tariferhöhung sei mit dieser Regelung also nicht verbunden. Die Modernisierung sei vor allem durch das Ansteigen der Einsätze insgesamt (1960 bis 1970: 130 Prozent) und der zahlungspflichtigen Einsätze im besonderen (von 18 Prozent im Jahr 1960 auf 51 Prozent im Jahr 1970) notwendig geworden.

GR.Dr.Habl (ÖVP) begrüßte nicht nur die angestrebte Modernisierung sondern lobte auch die gründliche Vorberatung dieser Vorlage. Er monierte jedoch die schon einmal geforderte Aufklärung über die Berechnungsgrundlagen.

Im Schlußwort betonte GR.Seidl, daß eine genaue Kostenberechnung erst dann erfolgen könne, wenn sich die Datenverarbeitung eingespielt habe.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.



Wirtschaftsförderung

Der nächste Punkt betraf die Wirtschaftsförderung für Betriebsansiedlungen oder -verlegungen in Form der Refundierung von Beträgen des Anliegerbeitrages, der Kanaleinmündungsgebühr und der Gehsteigherstellungs-Beträge. GR.Dinhof (SPÖ) referierte. In der Debatte sprach sich GR.Dr.Wöber (ÖVP) grundsätzlich für jede Maßnahme der Wirtschaftsförderung aus, kritisierte aber, daß im speziellen Fall nur Investitionen in der Höhe von mehr als 5 Millionen Schilling förderungswürdig seien. Auch sei zu erwägen, nicht nur Unternehmungen, sondern auch etwa Schulen oder Kindergärten in ein solches Förderungsprogramm einzubeziehen.

Im Schlußwort erklärte GR.Dinhof, die kleineren Betriebe - mit kleineren Investitionsvorhaben - besäßen eine Reihe anderer Förderungsmöglichkeiten, die sie in Anspruch nehmen könnten. Entsprechende Maßnahmen für Schulen oder Kindergärten seien in den einschlägigen Verwaltungsgruppen zu behandeln.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Installationen

GR.Friederike Seidl (SPÖ) beantragt die nachträgliche Genehmigung von 500.000 Schilling für die Erneuerung eines Teiles der Elektroinstallation im Elisabeth-Spital.

GR.Krenn (FPÖ) kritisiert, daß es in einem Spital soweit kommen konnte, daß Installationen in so desolatem Zustand sind, daß unmittelbare Lebensgefahr für Patienten, Ärzte und Pflegepersonal besteht. Die heutige Tagesordnung enthalte auch den Antrag auf Gewährung einer Subvention für die Arbeitsgemeinschaft der Verwalter der Kranken- und Wohlfahrtsanstalten. Seine Fraktion werde diesem Antrag ebenso wie dem auf nachträgliche Genehmigung der Installationserneuerung zustimmen. Er hoffe aber, daß die Anstaltsverwaltungen in Hinkunft den Zustand ihrer elektrischen Leitungen laufend überprüfen lassen.

GR.Dinhof (SPÖ) verweist darauf, daß der Schaden an den Installationen durch den Umbau des Pavillon I entstanden sei. Er weise jedoch die Beschuldigung zurück, daß für Patienten, Pflegepersonal und Ärzte dadurch Lebensgefahr entstanden wäre.



In so heiklen Fragen, wo es um Menschenleben geht, sollte man nicht polemisieren.

GR. Seidl verweist nochmals darauf, daß es sich um eine nachträgliche Genehmigung handelt, und die Instandsetzungsarbeiten bereits erfolgt sind.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

### U-Bahn

Der Wiener U-Bahn-Bau laufe auf vollen Touren, leitete Tiefbaustadtrat Heller sein Referat über die Arbeiten am zweiten Bauabschnitt der U 1 ein, die 272 Millionen Schilling kosten werden. Für 1971 ist ein Teilbetrag von 50 Millionen Schilling erforderlich.

Dieser zweite Bauabschnitt reicht von der Paulanergasse bis zur Theresianumgasse und besteht aus drei Baulosen, die zusammen 515 Meter lang sind. Als Rohbauzeit sind 23 Monate vorgesehen. In diesem Zeitraum sollen alle Tiefbauarbeiten, der Streckentunnel, die Haltestelle Taubstummengasse, die Fundamente einer Tiefgarage (für deren Errichtung noch ein privater Bauherr gesucht wird), die Be- und Entlüftungsanlagen sowie die Notausstiege gebaut werden. Um den Auftrag bewerben sich eine Einzel-firma und acht Firmengruppen.

GR. Neusser (ÖVP) stellte als Debattenredner fest, daß den leidgewohnten Wiednern nun weitere Umleitungs- und Zufahrtsschwierigkeiten ins Haus stehen. Die Bevölkerung sei in Bürger-versammlungen zwar über alle notwendigen Maßnahmen informiert worden, jedoch nicht rechtzeitig. Die Bauzeit von zwölf Jahren für das Grundnetz der U-Bahn sei zu lang, Experten vertreten die Ansicht, daß die Arbeiten in acht Jahren beendet sein können. Erfreulicherweise habe sich auch Bürgermeister Slavik dafür eingesetzt, daß schneller gebaut werde.

Von der ÖVP-Regierung sei die erste Rate des Bundeszuschusses für die Wiener U-Bahn schon für 1970 zugesagt gewesen, meinte GR. Neusser, was lautstarke Protestrufe auslöste, die SPÖ-Regierung dagegen werde erst 1972 die erste Rate flüssig machen. Abschließend verlangte der Debattenredner, alles zu tun, um die Gesamtbauphase auf acht Jahre herabzusetzen. Außerdem forderte er die Vorlage eines Kosten-



und Finanzierungsplanes sowie Verhandlungen mit der Bundesregierung, damit diese den Bundeszuschuß von insgesamt 2,4 Milliarden Schilling nicht wie derzeit vorgesehen innerhalb von zwölf, sondern innerhalb von acht Jahren flüssig mache.

Stadtrat Heller stellte im Schlußwort fest, daß der U-Bahn-Bau bisher keinerlei finanzielle Sorgen gehabt hätte. Der seinerzeitige Finanzminister Dr. Koren hätte zwar die erwähnten Finanzierungszusagen gemacht, wegen Einspruchs der ÖVP-Bundesräte habe er sie aber nicht einhalten können.

Im Juni wird voraussichtlich mit den Schildvortriebsarbeiten begonnen. Dann werde man sehen, wie rasch bei den Wiener Bodenverhältnissen weitergebaut werden kann. Jedenfalls soll alles getan werden, um den U-Bahn-Bau zu forcieren und die Erschwernisse der betroffenen Bewohner so kurz wie nur möglich zu halten.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

StR. Heller (SPÖ) referierte noch einen zweiten Antrag. Er betraf 129 Millionen Schilling für die Vorbereitung der U-Bahn-Bauarbeiten auf dem Stephansplatz und auf dem Schwedenplatz, von denen heuer noch 80 Millionen verwendet werden sollen. Mit dem Bau des 3. Bauabschnittes der U-Bahn soll in der ersten Hälfte des Jahres 1972 begonnen werden. Dieser Bauabschnitt umfaßt die Strecke vom Stock im Eisen-Platz bis zur Einmündung der Rotensterngasse in die Praterstraße mit einer Abzweigung zum Morzinplatz und einem Teilstück der Linie U 3 von der Pestsäule auf dem Graben bis zum Haus Singerstraße 3. Auf dieser Trasse befinden sich die drei Stationen Stephansplatz, Schwedenplatz und Nestroyplatz, außerdem ein Notausstieg beim Fleischmarkt. Ein schwieriger Teil dieser Arbeiten ist die Unterföhrung des Donaukanals. Der vorliegende Antrag betrifft die Bauvorbereitung zweier Stationsbereiche. In einer Bürgerversammlung wird die Bevölkerung und die Wirtschaft dieser Bereiche rechtzeitig informiert werden. Die Arbeiten sollen spätestens im kommenden März beginnen.

GR. Bednar (SPÖ) bezeichnete den 3. Bauabschnitt als eine der schwierigsten Phasen des U-Bahn-Baus, was schon die Summe von 129 Millionen für die Vorarbeiten beweist. Mit den nötigen Arbeiten werden gleichzeitig Sanierungen durchgeführt, die den Citybereich aufwerten werden. Die Stadtverwaltung wird die Be-



völkerung und vor allem die Handels- und Gewerbetreibenden rechtzeitig eingehend informieren. Die bisher durchgeführten Bürgerversammlungen auf der Wiedner und in Mariahilf hatten eine sehr positive Reaktion auf das Baugeschehen zur Folge.

Die U-Bahn wird direkt am Stephansdom vorbeiführen, und natürlich muß alles geschehen, um die Sicherheit des Wiener Wahrzeichens zu gewährleisten. Es wurden schon Gutachten von allen erdenklichen Stellen eingeholt. Um ganz sicher zu gehen, hat nun StR. Heller neuerlich den Auftrag gegeben, ein Fakultätsgutachten von der Technischen Hochschule einzuholen.

Die Dauer des U-Bahn-Baus sei heute nicht abzuschätzen. Jeder Bauabschnitt bringt Lehren für den nächsten, jeder technische Fortschritt wird genutzt.

In Erwiderung der Rede von GR. Neusser erklärt GR. Bednar, ein Gösing werde die SPÖ auch in zwölf Jahren nicht erleben. (GR. Hahn (ÖVP) in einem Zwischenruf: Olah war viel ärger). Der ÖVP sei jedoch zu wünschen, daß sie sich in zwölf Jahren erholt haben werde und wieder eine politische Rolle spielen könne. Derzeit spiele sie nämlich keine. Die sozialistische Stadtverwaltung hat 25 Jahre lang die Finanzpolitik Wiens zum Wohle der Bevölkerung geleitet (Hahn: Fernheizwerk Spittelau!), die Wahlergebnisse beweisen, wie die Bevölkerung darüber denkt.

Der U-Bahn-Bau werde in den nächsten Jahren das Bild der Innenstadt prägen. Er wird Nachteile bringen, aber auch Vorteile durch den großen Beitrag zur Sicherung der Vollbeschäftigung. Das neue Bild der Innenstadt wird dann eine City mit weniger Fahrzeugen und Behinderungen, weniger Lärm und Abgasen sein.

StR. Heller verzichtete auf das Schlußwort.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

#### Sachkredit

GR. Glaser (SPÖ) beantragte - wie er ausdrücklich betonte - die letzte Sachkrediterweiterung um 36,8 Millionen Schilling für die Straßenbahntiefführung am Margaretengürtel, in der Kliebergasse und in der Wiedner Hauptstraße, womit eine Baukostensumme von 415,3 Millionen Schilling erreicht wurde.

GR. Hoffmann (ÖVP) bezweifelte, daß es sich tatsächlich um die letzte finanzielle Forderung handle und erbat konkretere Auskünfte. Der Redner ließ das Baugeschehen der Straßenbau-



tunnels kritisch Revue passieren und bemängelte vor allem, daß die Planung nicht in einem Zuge, sondern in drei Abschnitten erfolgt sei. Dies habe schließlich zu einer Kostenausweitung von ursprünglich 292 Millionen auf 565 Millionen, insgesamt um 93,4 Prozent, geführt. Dennoch sei das Verkehrsbauwerk positiv zu beurteilen. Daß keine Möglichkeiten für den Kinderwagen-transport vorgesehen sind, sei allerdings zu bedauern.

In seinem Schlußwort begründete GR. Glaser die Kostenausweitungen mit der Umfangvergrößerung der Baumaßnahmen, die auch Winterbaumaßnahmen und andere aufwendige Schritte einschlossen. An Stelle der ursprünglich vorgesehenen Unterpflasterbahntrasse sei der Ausbau der Anlagen U-Bahnmäßig erfolgt. Es handle sich im übrigen tatsächlich um die letzte Sachkrediterweiterung.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

#### Liegenschafts Kauf

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung stellte GR. Dr. Rudolf Müller (SPÖ) den Antrag auf Kauf einer Liegenschaft der ärztlich-technischen Industriegesellschaft Odelga in Ottakring, (Kostenpunkt 8 Millionen) zum Zweck der Errichtung einer städtischen Wohnhausanlage. Der Antragsteller begründete diesen Kauf als notwendige städtebauliche Maßnahme.

GR. Joachim Müller (DFP) zweifelte an der Echtheit dieser städtebaulichen Maßnahme, da dieses Industriegebiet seiner Meinung nach von einem dichtverbauten Wohnteil des Bezirkes in einen anderen abgesiedelt wird. Überdies äußerte er Zweifel an der Höhe des Kaufpreises.

In seinem Schlußwort wies der Antragsteller den Zweifel an der Höhe des Kaufpreises zurück, da dieser durchaus den üblichen Ortspreisen entspreche. Was die Absiedlung des vorliegenden Industriegebietes betrifft, so werde dieses, ~~seinem~~ seinem Wissen nach keineswegs in einem Wohngebiet neu angesiedelt werden.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

#### Flächenwidmungsplan

Zur Aufhebung und Neufstsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein größeres Gebiet im 2. Bezirk (Untere Augartenstraße, Obere Augartenstraße, Taborstraße, Obere Donaustraße) referierte GR. Ing. Hofstetter (SPÖ): Es handle sich



um Maßnahmen, die die Auflockerung dieses dichtverbauten Gebietes zur Schaffung von Verkehrswegen und Grünflächen ermöglichen sollten.

Dazu erklärte GR. Sagmeister (SPÖ) in der Debatte, es handle sich dabei tatsächlich um ein abgewohntes Gebiet mit alten und schlecht ausgestatteten Wohnungen. Zu kritisieren sei aber falsche Information für die Bewohner dieser Region: GR. Kowarsch habe sich in einer Zeitschrift geäußert, daß es geheime Pläne über Verkehrsbauten im 2. Bezirk gebe. Solche Pläne bestünden nicht, vielmehr seien alle Maßnahmen in Gemeinderat und Bezirksvertretung rechtzeitig beraten worden.

GR. Kowarsch (ÖVP) stellte fest, daß sich seine Äußerungen nicht auf das im Antrag gemeinte Gebiet, sondern auf einen anderen Teil des 2. Bezirks bezogen hätten. Im übrigen könne die Bevölkerung mit Begriffen wie "Änderung des Flächenwidmungsplans" nichts anfangen. Das sei keine wirkliche Information.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

#### Stadthallenbad

StR. Pfösch (SPÖ) beantragt, für den Neubau des Stadthallenbades 130 Millionen Schilling zu genehmigen, davon 30 Millionen als erste Baurate für 1971. Die Errichtung des Bades, nach den Plänen von Prof. Rainer, erfolgt im Rahmen des Bäderkonzepts. Nachdem im Augenblick sowohl das Sommerbad auf dem Schafberg, das Hallenbad beim Ottakringer Bad, das Dianabad und das Kinderfreibad in der Quadenstraße im Bau sind, hatte man ursprünglich die Absicht, mit dem Bau des Stadthallenbades im späteren Herbst zu beginnen. Durch einen Beschluß des Internationalen Schwimmverbandes, die Europa-Schwimmeisterschaften 1974 in Wien auszutragen, ist nun die unverzügliche Inangriffnahme des Vorhabens notwendig geworden. Nachdem aber vorerst geklärt werden mußte, ob die Stadthallen-Betriebs-Gesellschaft als Bauherr auftreten soll oder der Magistrat, wurden zunächst im Voranschlag keine Mittel für den Bau eingesetzt. Nach erfolgter Klärung wird nun die Stadt Wien dieses Bad errichten, das über eine 50 x 25 Meter-Bahn, eine komplette 10-Meter-Sprunganlage, ein Lehrschwimmbecken, Tribünen für 800 Besucher und ein Trainingsbecken verfügen wird.

GR. Joachim Müller (DFP) bedauert, daß die Schwimmeisterschaften nicht bereits früher an Wien vergeben wurden. So hat es rund 13 Jahre gedauert, bis man das seinerzeitige Versprechen



auf Errichtung des Stadthallenbades einlöst. Unverständlich sei es, daß im Voranschlag die erforderlichen Beträge nicht veranschlagt sind. Leider dürfte aber trotz der langen Zeit noch immer kein durchdachter Plan vorliegen. So seien unter anderem für die 800 Tribünenplätze nur 65 Pkw-Abstellplätze eingeplant - obwohl bereits jetzt im Bereich der Stadthalle großer Parkraumangel besteht. Seine Fraktion begrüße die Errichtung des Bades, die aufgezeigten Mängel sollten jedoch rechtzeitig beseitigt werden.

GR. Dr. Wolfram (FPÖ) bezeichnete das Fehlen entsprechender Budgetmittel für die Errichtung des Stadthallenbades als eine peinliche Panne. Die Feststellung, daß vorerst die Frage des Bauherrn geklärt werden mußte, sei keine Entschuldigung für dieses Versäumnis. Die Vergabe der Europa-Schwimmeisterschaften 1974 an Wien sei nicht von ungefähr erfolgt, man hat sich mit einem großen Werbeaufwand um die Abhaltung in Wien beworben. Anscheinend bedurfte es aber erst einer Pressemeldung, um die ganze Angelegenheit ins Rollen zu bringen. Auf Grund dieser Meldung hat dann der gesamte Verwaltungsapparat innerhalb weniger Tage alles unternommen, um den Antrag auf Bereitstellung der nötigen Mittel in der heutigen Sitzung einbringen zu können. Der Redner stellt die Frage, wer für dieses Schnellzugstempo verantwortlich ist und wie es möglich war, daß im Budget keine Mitteln veranschlagt waren.

Der nächste Debattenredner, GR. Dr. Ebert (ÖVP), stellte einleitend fest, daß nun die alte Streitfrage, ob ein 33m oder ein 50m-Becken als sportgerecht bezeichnet werden könne, zugunsten des 50m-Beckens geklärt sei. Wien habe sich zwar immer als überaus sportfreundlich ausgegeben, in Wirklichkeit sei die Stadtverwaltung durch die Annahme der Schwimm-Europameisterschaften 1974 in erge Schwierigkeiten geraten. StR. Pfoch müsse nun geradebiegen, was die SPÖ-Mehrheit durch Jahre hindurch versäumt habe. Die ÖVP habe schon vor zwölf Jahren auf diese Probleme hingewiesen. Beim Bau des Dianabades sei wieder eine Chance versäumt worden, indem statt eines 50m-Beckens nur ein 33m-Becken gebaut werde.

Beim Vergleich mit anderen Großstädten schneide Wien hinsichtlich der Zahl der Bäder schlecht ab.



So besitzt Hamburg nicht weniger als 21 Hallenbäder, das bedeutet ein Hallenbad auf je 87.000 Einwohner. Die ÖVP werde dem Antrag zustimmen.

Gegen die unseriöse Schreibweise einer Wiener Tageszeitung, die offensichtlich die Nachfolge des eingegangenen "Volksblattes" angetreten habe, wandte sich der nächste Debattenredner, GR. Outolny (SPÖ). Auf das Stadthallenbad sei keineswegs im Budget für 1971 vergessen worden. Beweis: das Bad befindet sich im Bäderkonzept, sein Bau wurde auch im Wahlprogramm 1969 versprochen. Im Hinblick auf die Europameisterschaft werde nun ein Jahr früher mit dem Bau begonnen.

Schon 1957, als die Stadthalle fertiggestellt wurde, war als spätere Ergänzung der Bau des Bades vorgesehen.

Für die Schwimm-Europameisterschaft werden noch weitere 50-Meter-Becken zur Verfügung stehen: im Stadionbad und im Laaer Berg-Bad. Hinsichtlich des Dianabades mußte man sich wegen technischer Schwierigkeiten - Platzmangel - für ein 33-Meter-Becken entschließen.

Jedenfalls werde das Stadthallenbad nach seiner Fertigstellung rund 350.000 Menschen der umliegenden Bezirke für ihre Freizeitgestaltung und sportliche Betätigung zur Verfügung stehen.

In seinem Schlußwort entkräftete Stadtrat Pfoch nochmals die Vorwürfe, daß auf das Stadthallenbad im Budget vergessen worden sei. Es habe deswegen keinen Ansatz enthalten, weil damals noch zu klären gewesen sei, wer das Bad baut: die Stadthallen-Gesellschaft oder die Gemeinde. Als weiteren Beweis erwähnte Pfoch, daß zu Beginn der Budgetdebatte der damalige Vizebürgermeister Slavik die Erklärung abgegeben habe, die erforderlichen Mittel rechtzeitig freizumachen.

Hinsichtlich der Zahl der Bäder liegt Wien im europäischen Spitzenfeld. 1965 gab es nur zwei Hallenbäder, heute - fünf Jahre später - sind es bereits vier. Derzeit wird im Ottakringer Bad eine Schwimmhalle gebaut, das Dianabad befindet sich im Bau, für Hietzing wird ein Hallenbad gerade geplant.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.



Neues Kraftwerk

GR.Busta (SPÖ) referierte über den Antrag, 640 Millionen Schilling für den Bau des Blockkraftwerkes 2 im Dampfkraftwerk Donaustadt zu genehmigen. Dieser Bau steht im Zusammenhang mit dem bis 1980 reichenden Kraftwerksprogramm, das mit der Verbundgesellschaft und den anderen Stromversorgungsunternehmen besprochen wurde. Ursprünglich war vorgesehen, den Block 2 im Frühjahr 1976 in Betrieb zu nehmen, doch erweist es sich als notwendig, diesen Termin auf Herbst 1975 vorzuverlegen, weil zu diesem Zeitpunkt das Werk 1 im Kraftwerk Simmering stillgelegt werden muß.

GR.Hirsch (SPÖ) hob die vorausschauende Arbeit der Wiener Stadtwerke hervor, die es ermöglicht, mit der rasanten Entwicklung Schritt zu halten. 1960 wurden in Wien 1.994 Gigawattstunden (das sind 1.994.000.000 Kilowattstunden) Strom verbraucht, 1970 bereits 3.805 Gigawattstunden. Das bedeutet, daß sich der Stromverbrauch in zehn Jahren fast verdoppelt hat.

Der Bau des Kraftwerkes Donaustadt sichert auch für die Zukunft die Versorgung der Haushalte und der Industrie mit dem benötigten Strom. Das Werk 1 in Simmering, das Mitte der Siebzigerjahre stillgelegt werden muß, wurde 1903 in Betrieb genommen und 1950 zum letzten Mal umgebaut und modernisiert.

Man muß, stellte GR.Hirsch fest, auch über den Strompreis sprechen. Kaum ein anderer Preis hat sich so positiv entwickelt. Eine Kilowattstunde Haushaltsstrom kostete 1903-70 Heller, 1933-70 Groschen und jetzt 61 Groschen. Dabei muß man bedenken, was 70 Heller im Jahre 1903 und 70 Groschen im Jahre 1933 im Vergleich zu gegenwärtig 61 Groschen wert waren. Auf Zwischenrufe von der ÖVP, ob jetzt eine Strompreiserhöhung komme, erwiderte GR.Hirsch: Noch nicht. In den letzten Jahren kamen allerdings wachsende Belastungen für die Werke, die außerhalb ihres Einflusses liegen. So bedeutet die internationale Preisentwicklung auf dem Rohölsektor nach den gegenwärtigen Vorausberechnungen heuer eine Mehrbelastung von rund 23 Millionen Schilling. Es ist zu befürchten, daß sich die Lage in den nächsten Monaten noch verschärft.

GR.Busta verzichtete auf das Schlußwort.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.



Dringliche Anfrage

Am Schluß der Tagesordnung wurde eine Anfrage der DFP behandelt, zu der der Antrag auf Verlesung und Besprechung gestellt worden war. GR. Wölger (DFP) kritisierte Mängel, die seiner Meinung nach in der Heizkostenabrechnung der Wiener Heizbetriebe aufgetreten wären und forderte die Ausdehnung der Kontrolle des Rechnungshofes auf diese Unternehmung. Seiner Meinung nach hätten Verzögerungen bei der Abrechnung stattgefunden und in der Folge zu Zinsverlusten der Mieter geführt.

Der Antrag auf Verlesung und Besprechung wurde abgelehnt. Die Beantwortung wird daher schriftlich erfolgen. (Ende der Sitzung um 16.32 Uhr.)

(Ende des Sitzungsberichtes.)

- - -



## start fuer tiefgaragenbau morzinplatz

11 wien, 29.1. (rk) nur einen tag nach der ersten pressekonferenz des buergermeisters in der concordia, in der slavik auf die bedeutung des garagenbaus fuer wien hingewiesen hatte, nimmt das projekt einer neuen tiefgarage unter dem morzinplatz im 1. bezirk konkrete formen an. noch in dieser woche soll die entscheidung darueber fallen, welche baufirma die arbeiten durchfuehren soll. mit dem bau der tiefgarage soll am ende der frostperiode - voraussichtlich im maerz - begonnen werden. die neue garage wird in vier geschossen 850 autos platz bieten.

in seiner pressekonferenz hatte buergermeister slavik betont, dass verschiedene plaetze der wiener innenstadt in zukunft von autos freigehalten werden sollen, jedoch erst dann, wenn durch parkgaragen mehr als die ausfallenden parkplaetze ersetzt wurden.

ob auch aus dem bereich des morzinplatzes die autos verbannt werden sollen, ist zur zeit nicht gewiss. zwar existiert eine studie eines architekten, die einen fussgaengerbereich auf dem morzinplatz ueber der verkehrsebene - sozusagen im ersten stock - vorsieht, ob diese studie jedoch auch aussicht auf verwirklichung hat, steht nicht fest. diese studie befasst sich mit der moeglichkeit, auf der gesamten flaeche der tiefgarage ein geschoss ueber dem strassenniveau zu errichten, dieses geschoss zu ueberdachen und dadurch eine neue ebene zu gewinnen, die den fussgaengern vorbehalten sein soll. dieser fussgaengerbereich wuerde den abgang von der ruprechtskirche in die gesamte anlage miteinbeziehen. dadurch wuerden auf dem strassenniveau zusaetzliche abstellplaetze gewonnen, ausserdem koennten in diesem bauwerk geschaeftslokale und aehnliches untergebracht werden.

die neue tiefgarage am morzinplatz, fuer die die stadt wien den grund zur verfuegung stellte, wird zunaechst einen teil jener abstellplaetze ersetzen, die bedingt durch den u-bahn-bau verloren gehen. die garage muss auf jeden fall vor dem vollen baubeginn fuer die u-bahn im bereich des schwedenplatzes fertig sein. man rechnet mit einer baudauer von rund eineinhalb jahren.

die koordinierung mit dem u-bahn-bau ist vor allem deswegen notwendig, weil im bereich des morzinplatzes umleitungen gefuehrt



werden muessen und ausserdem die fertige garagendecke als bauplatz fuer den u-bahn-bau benoetigt wird. zusammen mit dem bau der garage ist auch die errichtung eines u-bahntunnels vorgesehen. dieser u-bahntunnel, der unter der garage verlaufen soll, wird fuer ein verbindungsgleis von der kuenftigen linie u 1 zur linie u 4 benoetigt. einige detailfragen, die die finanzierung betreffen, sind in diesem zusammenhang noch ungeklaert. es ist aber in naechster zeit mit einem ergebnis bei den verhandlungen zwischen vertretern der stadt wien und den privaten bauherren zu erwarten. der u-bahntunnel wird natuerlich von der stadt wien finanziert.

#### weitere garagenprojekte

bei einem weiteren garagenprojekt - naemlich einer tiefgarage vor der karlskirche mit 600 bis 700 abstellplaetzen - sind die verhandlungen bereits sehr weit gediehen. es ist damit zu rechnen, dass die stadt wien in absehbarer zeit mit der interessengruppe, die den garagenbau finanzieren will, eine einigung erreicht.

insgesamt sind im bereich des karlsplatzes drei tiefgaragen vorgesehen. alle drei garagen sollen noch waehrend der u-bahn-arbeiten am karlsplatz gebaut werden.

zwei weitere garagenprojekte betreffen den luegerplatz und den albertinaplatz. eine konkretere realisierung des projektes albertinaplatz scheiterte bisher an den schwierigkeiten, den geplanten garagenbau mit den interessen des bundes zu koordinieren.

ein projekt, dessen realisierung noch in fernerer zukunft liegt, bezieht sich auf den standort heldenplatz. hier sollen nach den vorstellungen der planungsfachleute in zukunft tiefgaragen mit 3.000 abstellplaetzen entstehen. der heldenplatz gehoert dem bund. von wiener planungsfachleuten wurde jedoch die anregung gemacht, im eigenen bereich ein projekt auszuarbeiten und dieses projekt dem bund als grundlage einer kuenftigen gemeinsamen arbeit vorzulegen.

da im garagenkonzept der stadt wien einige standorte vorgesehen sind, die in den bereich des bundes fallen, wird in zukunft eine zusammenarbeit zwischen bund und stadt wien auf diesem gebiet notwendig sein. diese zusammenarbeit zeichnet sich bereits ab.



## starke maenner beim buergermeister

10 wien, 29.1. (rk) die gewichtheber des wiener gaswerkes konnten im vergangenen jahr die oesterreichische staatsmeisterschaft gewinnen. buergermeister felix s l a v i k empfing aus diesem anlass in gegenwart von vizebuergermeister gertrude s a n d n e r , stadtrat franz n e k u l a und stadtwerke-generaldirektor dr. karl r e i s i n g e r die starken maenner des gaswerkes und gratulierte ihnen zu ihrem grossen erfolg. der buergermeister hob hervor, dass zu so hervorragenden leistungen nicht die kraft allein genuegt, sondern eiserner trainingswille und strenge disziplin notwenig sind. als geschenke der stadtverwaltung ueberreichte er einen erinnerungspokal und schallplatten, die gewichtheber revanchierten sich mit einer kleinen hantel.

in einem gespraech informierte sich slavik anschliessend ueber die geschichte und die trainingsmethoden der gaswerksportler; eingehend studierte er den maechtigen "ewigen wanderpokal des oeakv", auf dem nun gaswerk zum zweiten mal als staatsmeister eingetragen wird. der erste titel wurde 1960 erkaempft. die gewichthebersektion im gaswerk konnte voriges jahr als eine der aeltesten sportsektionen im rahmen der stadtverwaltung ihren 50. geburtstag feiern und nun dieses jubilaeumsjahr mit dem hoechsten sportlichen erfolg kroenen.

1215

## preisguenstige gemuese- und obstsorten

16 wien, 29.1. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 4 bis 5 schilling, karotten 7 schilling, weisskraut 4 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2), 6 schilling, bananen 6 bis 7 schilling, orangen 3.50 bis 5.50 schilling je kilogramm.

1419



seminar fuer kleinkindererziehung:

intensives foerderungsprogramm gefordert

18 wien, 29.1. (rk) in der bildungsanstalt der kindergaertnerinnen der stadt wien, 15, siebeneichengasse 17, ging freitag nach dreitaegiger dauer das vom oesterreichischen komitee fuer sozialarbeit und vom jugendamt der stadt wien veranstaltete seminar fuer kleinkindererziehung zu ende. auf der tagesordnung standen die berichte der leiter der zu beginn des seminars gebildeten arbeitskreise, die sich in ihren beratungen mit den verschiedenen foerderungsmoeglichkeiten des kleinkindes im rahmen des kindergartens beschaeftigten.

als vordringlichste aufgaben zur forcierung der basisbildung im kindergarten wurden dabei unter anderem die intensivierung und systematisierung der sprachfoerderung sowie die foerderung des schoepferischen denkens, gestaltens und handelns genannt. dadurch wuerde es naemlich dem kind moeglich sein, sich entsprechend zu entwickeln, wodurch sich aber auch wieder seine aufgeschlossenheit, aufnahmebereitschaft und selbstaendigkeit erhoehrt. doch auch die intensive information der eltern, verbunden mit paedagogischen hinweisen, eine noch weitreichendere ausbildung der kindergaertnerinnen, die zahlenmaessige vermindering der kinder in den gruppen aus gruenden der individualisierung sowie eine sinnvolle raumgestaltung innerhalb der kindergaerten, wurden als vordringliche massnahmen bezeichnet.

in seinem schlusswort wies der vorsitzende des seminars, jugendamtsleiter senatsrat dr. walter p r o h a s k a , nochmals auf die notwendigkeit und die dringlichkeit dieses seminars hin. er betonte, dass dieser veranstaltung grosse bedeutung zukomme, weil sich gerade in den letzten jahren durch die neuesten wissenschaftlichen erkenntnisse auch neue aspekte fuer die erziehung und foerderung des vorschulkindes ergeben haetten. zweifellos stellen die ergebnisse dieses seminars fuer kleinkindererziehung, an der paedagogen aus allen bundeslaendern teilnahmen, eine bereicherung der gesamten kindergartenpaedagogik dar und haben eine gewisse klaerung dieses problemkreises gebracht.



in der krankenflegeschule goettlicher heiland:  
drei mexikanerinnen diplomiert

19 wien, 29.1. (rk) in anwesenheit von oberstadtphysikus doktor albert k r a s s n i g g , dem chef aller wiener krankenflegeschulen, ueberreichte freitag vormittag gesundheitsstadtrat dr. otto g l u e c k im festsaal der krankenanstalt goettlicher heiland 14 frischgebackenen krankenschwestern die diplome. es ist die dritte diplomierungsfeier dieser krankenflegeschule, die ohne jede oeffentliche subvention vom orden des goettlichen heilands gefuehrt wird. von den 14 schwestern sind drei mexikanerinnen. vier der jungen krankenschwestern werden im sanatorium hera, eine im krankenhause melk und eine in einem krankenhause von westberlin ihren dienst versehen.

1450